

Von wegen „Postkapitalismus“

„Ende des Eigentums“, „Null-Preis-Dynamik“ und „kollaboratives Gemeingut“

Von Georg Schuster*

„Die Entwicklung [der modernen Technologie] zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist.“ (Karl Marx)

In den letzten Monaten holte ich ein Thema nach, wofür sich in der Zeit meiner Arbeit im Ausland keine rechte Gelegenheit ergab. Es geht um neue volkswirtschaftliche Ideen und Publikationen, oft solche mit ‚marxistischem‘ Hintergrund, denen der Fortbestand der kapitalistischen Gesellschaft angesichts der schon eingetretenen und noch ausstehenden Folgen der sog. ‚Digitalisierung‘ sowie einer Weltwirtschaft im Krisenmodus zu denken gibt bzw. fraglich erscheint. Sie haben sich in den letzten Jahren enorm vermehrt und stellen sich dieser Problemlage mehr oder minder konstruktiv. Aufsteigend von mehr nach minder habe ich deshalb (neben ein paar Internet-Veröffentlichungen) vier hoffentlich repräsentative Druckwerke zu diesem Gegenstand durchgesehen und meine Kritik daran erarbeitet:

- Jeremy Rifkin: Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft – Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus, Frankfurt/New York 2014 (englisches Original: *The Zero Marginal Cost Society: The internet of things, the collaborative commons, and the eclipse of capitalism*, 2014) (zitiert als Rifkin)

- Paul Mason, Postkapitalismus - Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Berlin 2016² [englisches Original: *Postcapitalism: A Guide to our Future*, 2015] (zitiert als Mason)

- Michael Hardt, Antonio Negri: Common Wealth - Das Ende des Eigentums, Frankfurt/New York 2010 [englisches Original *Commonwealth*, 2009] (zitiert als Hardt/Negri)

- Robert Kurz: Der Tod des Kapitalismus, Sammlung von Artikeln der Jahre 2007 bis 2011, Hamburg 2013 (zitiert als Kurz)

Die fünf Autoren würden sich vermutlich dagegen verwahren, unter einer gemeinsamen Überschrift versammelt und besprochen zu werden. Der englische Journalist Mason setzt sich z.B. deutlich vom amerikanischen Ökonomen Rifkin ab: Sein „Szenario für den Übergang zum Postkapitalismus steht vielleicht in populärwissenschaftlichen Sachbüchern, wie man sie in der Flughafenbuchhandlung kaufen kann.“ (Mason: 334) „Wie in allen Büchern, die für die Flughafenbuchhandlung bestimmt sind, wird auch in Rifkins Arbeit die gesellschaftliche Dimension vernachlässigt.“ (ebd.: 194) Der verstorbene Robert Kurz könnte Mason und wohl auch Hardt/Negri das entgegenen, was er gegen „Gemeingut“-Ideen im deutschsprachigen Raum formuliert hat: „Vor und frühmoderne Reproduktionselemente [...] (‚Geschenkökonomie‘, ‚Allmende‘) werden

ideologisch umgedeutet, mit Formen bürgerlicher Sozialarbeit (‘Ehrenamt’, ‘Nachbarschaftshilfe’) amalgamiert und als postkapitalistische Perspektive einer ‘solidarischen Ökonomie’ ausgegeben.“ (Kurz: 144) Die Revolutionsphilosophen Hardt/Negri nehmen zwar 250 Autoren von Adorno bis Žižek in den Blick, sind in einen Teil der Diskussion aber gar nicht eingeschaltet. Und Rifkin wahrt schon deshalb den Abstand zu den anderen, weil er sein Anliegen ganz unmarxistisch vorträgt. Und doch teilen die Autoren gemeinsame Ausgangspunkte, die aufgrund ihrer erfolgreichen Veröffentlichungen über akademische Kreise und linke Zirkel hinaus popularisiert wurden und die es verdienen, näher geprüft zu werden.

Zu befragen ist also zunächst die erste gemeinsame Prämisse, nämlich (I) die Theorie von einem Kapitalismus, der sein Haltbarkeitsdatum überschritten habe. Ihm folgt die zweite, die besagt, dies liege daran, dass (II) eine mikroelektronische Revolution ihn verwertungs- bzw. ausbeutungsunfähig macht. Ob daher historisch nun (III) ein „Postkapitalismus“ o.Ä. in die Welt tritt, ist eine dritte zu klärende Gemeinsamkeit, aus der sich Kurz aber ziemlich ausklinkt. Die drei Kapitel meines Aufsatzes versuchen diese Fragen zu beantworten, und da sie im Zusammenhang stehen, ergeben sich in meiner Argumentation ein paar Überschneidungen. Zur ersten Frage.

I. Hat der Kapitalismus sein Haltbarkeitsdatum überschritten?

„Der Kapitalismus“, beginnt Mason, „ist ein Organismus: Er hat einen Lebenszyklus, das heißt einen Anfang, eine Mitte und ein Ende. Er ist ein komplexes System, das [...] an die Grenzen seiner Anpassungsfähigkeit gestoßen ist“ (Mason: 14). „Der mittlerweile 240 Jahre dauernde Lebenszyklus des Industriekapitalismus [nähert sich] möglicherweise seinem Ende.“ (ebd.: 196) „Das kapitalistische System, sagt auch Rifkin, [... hat] seinen Höhepunkt überschritten und [ist] im langsamen Niedergang begriffen“. Daher bezweifelt er, „dass es sich über den Beginn der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts hinaus noch als dominantes ökonomisches Paradigma hält“ (Rifkin: 9 f.). Und „bereits in seinem ersten großen theoretischen Aufsatz ‚Die Krise des Tauschwerts‘ aus dem Jahr 1986 wies Robert Kurz darauf hin, [...dass] der Kapitalismus in einen Prozess des Niedergangs ein[tritt], aus dem er nicht mehr herauskommen kann.“ (Claus Peter Ortlieb in: Kurz: 14 f.)

1. „Lebenszyklus“ als „Teleologie“

Dass der Kapitalismus seinen von Kurz angesagten Niedergang nun schon 30 Jahre hinausgeschoben hat, was, verlängert um mindestens die gleiche Jahresanzahl, die ihm Rifkin noch gibt, die von Mason gemutmaßte Lebensdauer als ziemlich dehnbar erweist – wäre als Polemik zu billig. Zwar werfen einige „Wertkritiker“ das Zeitproblem inzwischen selber auf (s. Punkt II.4.), eine verfehlte Prognose müsste aber nicht gleich die zugrundeliegende Diagnose falsifizieren. Auch die folgende oberkritische Nonchalance gegen Mason sei einem abgeklärten Linken überlassen: „Selbstverständlich wird der Kapitalismus eines Tages nicht mehr sein. Ob man sich dann wehmütig an ihn erinnern oder kleine Kinder mit ihm erschrecken wird, vermag derzeit keiner zu sagen.“ (Jens Bisky, Buchbesprechung SZ 7.4.16) Ernster zu nehmen ist da schon die Auffassung von Anfang, Mitte und Ende des kapitalistischen „Lebenszyklus“, denn sie enthält die im Zeitgeist durchaus vorhandene Unterstellung einer Lebens- oder Funktionsfähigkeit, die dem erwachsenen Kapitalismus nach seinen Jugendsünden vermeintlich zukam und die ihm jetzt im Alter abhandeln kommen soll. Auch hierzu äußern sich die Autoren hinreichend kompatibel: „Der Kapitalismus funktioniert“ laut Mason, „solange er angesichts sinkender Kosten in einem Sektor infolge der technologischen Innovation zu Sektoren mit höheren Löhnen, höheren Profiten und teureren Inputs übergehen konnte“ (Mason: 230). Den gleichen Gedanken drückt Kurz als „Eliminierung lebendiger Produktionsarbeit durch Verwissenschaftlichung einerseits und Absorption lebendiger Produktionsarbeit durch [...] Schaffung neuer Produktionszweige andererseits“ (Kurz: 14) aus und verbindet ihn mit dem Begriff, besser mit dem Bild vom „Fordismus“. Dieser soll für eine vergangenen „Mitte“ des Kapitalismus stehen, in der die fließbandmäßige

Ausbeutung der Arbeiter in vorhandenen und neuen Industrien Beschäftigung gestiftet, Entlassungen aufgefangen und zugleich die Kaufkraft für die neu erzeugten Produkte (Fords Auto *Model T*) hervorgebracht habe. Natürlich ereigneten sich dieses und spätere ‚Wirtschaftswunder‘ für Kurz und Mason nur aus Gründen des Profits, aber Letzterer lobt explizit den gesellschaftlichen Dienst, den der Kapitalismus damit erbringen konnte: „*Er ist das umfassende System, das dafür sorgt, dass eine entwickelte Gesellschaft mit Märkten und Privateigentum funktionieren kann.*“ (Mason: 13) Ein deutscher Soziologe schreibt diese These noch einmal auf Englisch auf: “*The democratic welfare-state capitalism of the three post-war decades, [... was] the only period in which economic growth and social and political stability [...] coexisted under capitalism.*” (Wolfgang Streeck: *How Will Capitalism End?* London/NY 2016, Einf. auf amazon.de). Und Rifkin sieht den „*Kapitalismus als Organisationsmechanismus für Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen*“ (Rifkin: 397), der „*uns seit mehr als zehn Generationen [...] einen übergreifenden organisatorischen Rahmen für den geschäftlichen, sozialen und politischen Alltag unserer Gesellschaft liefert*“ (ebd.: 9). Kommenden Generationen versage er nun leider diese Funktion.

Da die Auffassung von der Marktwirtschaft als Dienstleister der Gesellschaft über die speziellen Thesen der zitierten Autoren hinaus quasi zum Einmaleins der Staatsbürgerkunde zählt, lohnt es sich, hier ein wenig zu verweilen. Georg Büchner kennt man als Dichter. Er war aber auch Mediziner und hielt als solcher 1836 eine Probevorlesung, in der er Folgendes mitteilte: „*Die teleologische Methode [... setzt] die Wirkungen der Organe als Zwecke voraus. [...] Die entgegengesetzte Ansicht sagt [...], um ein Beispiel zu geben, wir haben nicht Hände, damit wir greifen können, sondern wir greifen, weil wir Hände haben.*“ (Nachgelassene Schriften, Frankfurt 1850, S. 291) Nun handelt es sich beim Kapitalismus im Unterschied zur Physiologie um Menschenwerk, das mit Interessen und Zwecken betrieben wird. Dennoch sollte man auch hier Büchners Rat befolgen und sich der verbreiteten Neigung enthalten, diese Zwecke ‚teleologisch‘ zu ergründen. Die kapitalistische Verfasstheit der Gesellschaft stiftet Geldeinkommen aller Art, von denen Volk und Staat ihr Dasein bestreiten – das ist schon richtig. Denn schließlich gibt es keine anderen Erwerbsquellen als die, die vom privaten Eigentum und von der öffentlichen Gewalt in Gang bzw. ins Recht gesetzt werden. Von der Ergiebigkeit dieser Quellen, die allgemein als ‚Wirtschaftswachstum‘ bekannt ist, hängt der gesellschaftliche Lebensprozess daher vollständig ab. Das macht sich vor allem für abhängig Beschäftigte in durchaus wechselnden Einkommensverhältnissen geltend, die der Expansion oder dem Stocken des kapitalistischen Wirtschaftens folgen. Die davon Geschädigten und Betroffenen, und nicht nur sie, werden darüber – sehr aufdringlich, aber nicht unweigerlich – zu einem ‚teleologischen‘ Schluss verleitet, den die Nutznießer der Marktwirtschaft ohnehin verkünden, dass nämlich der Gebrauch des Eigentums zugleich den Wohlstand der Allgemeinheit *bezwecke*; zumindest sei er (in Deutschland schon laut Grundgesetz) dazu verpflichtet. Dieses elementare bürgerliche Bewusstsein, um hierin Karl Marx zu folgen, ist zwar begründet, aber falsch. In dem Buch, das gerade 150 Jahre alt wird, versucht er zu zeigen, dass der Eigentumsgebrauch nicht anderes bezweckt als seine beständige Vermehrung in Geldform und wie diese hervorgeht aus der Verwertung von menschlicher Arbeitskraft. Die Folgen dieses Zwecks sind durch alle *Updates* hindurch, die der Kapitalismus seither erlebt hat bzw. haben soll – „Industrie 4.0“ heißt ja die neueste Version –, die bleibende Grundlage für jede Menge Unzufriedenheit. Sie wäre allemal gut dafür, das kapitalistisch bewirtschaftete Geld als das „*wahre Gemeinwesen*“ (Marx) zur Kenntnis und als das *reelle* Allgemeinwohl ernst zu nehmen. Denn nur darüber kommt dieser gesellschaftliche Stoffwechsel zustande, der die abhängige Variable des Erfolgs wie des Misslingens der Geldverwertung darstellt. Von den Konjunkturen eines solchen ‚Wachstums‘ hat der bürgerliche Staat seine Gesellschaft tatsächlich abhängig gemacht – und sich damit eine Unmenge an ökonomischem Handlungsbedarf und sozialen Betreuungsfällen eingehandelt.

Es besteht also kein Grund, diese Konjunkturen als Phasen unterschiedener Qualität zu interpretieren und voneinander zu trennen: in solche, wo nach dem Muster der Ideologie von eben „*economic growth*“

and social stability“ (Streek, s.o.) dergestalt koexistieren, dass der „*Kapitalismus als Organisationsmechanismus*“ (Rifkin) ‚funktioniert‘ und seine Leute ‚versorgt‘; und solche, in denen er darin ‚versagt‘, weil er historisch in einen „*Prozess des Niedergangs*“ (Kurz) eingetreten ist und sich „*möglicherweise seinem Ende*“ (Mason) nähert. Wo die Reichtumsproduktion unterschiedliche Wirkungen auf die Lebensumstände hervorbringt, folgen sie derselben kapitalistischen Rechnungsweise, die als solche Kritik verdient. Wer hier nach Plus und Minus differenziert, muss sich schon fragen lassen, inwieweit sein Pessimismus bezüglich des Versagens von einer enttäuschten Fehldeutung des Funktionierens lebt.

Dass hier kein Optimismus dageengehalten werden soll, dürfte dem Leser klar sein. Seit es sie gibt, bewegt sich die Marktwirtschaft tatsächlich in dem Widerspruch, dass sie die Ausbeutung der Arbeitskraft als Bedingung ihres Erfolgs perfektioniert und diesen damit periodisch untergräbt, also zyklisch einen Zustand herbeiführt, in dem der angehäuften Geldreichtum keine lohnende Anlage mehr findet. Damit wird nicht nur er selbst notleidend, was für Nichteigentümer zu verschmerzen wäre, sondern er zerlegt dadurch zugleich den gesellschaftlichen Lebensprozess, der auf ihm beruht. Wer das auszubaden hat, ist keine Frage. Um hier dennoch ein bekanntes Beispiel aus dem Geschichtsbuch zu bemühen: Die Weltwirtschaftskrise nach 1929 ließ die halbe amerikanische Erwerbsbevölkerung als Arbeitslose, prekäre Existenzen oder mit einschneidenden Lohneinbußen zurück, und es hat zehn Jahre gedauert, bis mit finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Interventionen des Staats, gefolgt von einem Kriegseintritt, ein Zustand regeneriert war, in dem die Arbeitslosenquote wieder Vollbeschäftigung genannt wurde. Staatsintervention ist auch das Stichwort für das, was an diesem historischen Fall allgemein und theoretisch festgehalten werden kann. Ein immenser Aufwand solcher Art ist die offensichtlich notwendige Bedingung dafür, den Kapitalismus als Produktionsverhältnis in Gang zu halten oder wieder in Gang zu bringen. Derzeit lässt sich studieren, dass die geldwerten Aufwendungen für diesen Zweck ungewohnte Zehnerpotenzen erreichen – ohne dass er absehbar zur Zufriedenheit der staatlichen Geldschöpfer erreicht würde. Eine Sorte „Niedergang“ ist da gar nicht auszuschließen, vornehmlich bei Leuten, deren Einkommen und Rücklagen von einer Krise existentiell entwertet werden. Aber solange die Leidtragenden von *Boom* und *Baisse* auf die Gesundheit oder die Genesung des Kapitals als gesellschaftliches Lebensmittel setzen, das ihr einziges, aber nicht das Ihre ist, ist ein „Ende“ der Veranstaltung nicht abzusehen.

2. „*Präformation*“

Eben dies bezweifelt Robert Kurz: „*Der Kapitalismus [ist] nicht die ‚ewige Wiederkehr des Gleichen‘, sondern ein irreversibler historischer Prozess. [...] Aus dieser Sicht bilden die Krisen keine bloße ‚Bereinigungsfunktion‘, sondern sie verstärken sich historisch und führen an eine innere Schranke der Verwertung heran.*“ (Kurz: 123 f.) Diese unaufhebbare Schranke sieht Kurz darin, dass die Ausbeutung der Arbeitskraft *[ab]schmilzt*“ (ebd.: 51). Das wird im zweiten Kapitel meines Aufsatzes genauer zum Gegenstand. Hier erst zu einer ‚teleologischen‘ Implikation solcher Theorien bezüglich der Staatsmacht. Es kommt nicht von ungefähr, dass Kurz seinen Thesen eine Art Dementi nachgeschoben hat: „*Notwendig‘ und bis zu einem gewissen Grad determiniert ist dieser Prozess [des Zusammenbruchs] aber nur, solange die basalen Kategorien und Kriterien dieser historischen Produktions- und Lebensweise nicht praktisch in Frage gestellt werden. Bei einer entsprechenden Intervention hätte der Kapitalismus auf allen Stufen seiner Entwicklung gestoppt werden können.*“ (Kurz: 20) Wurde er aber nicht – aus dem genannten allgemeinen Grund, dass die Betroffenen sich zu keiner Intervention entschlossen haben oder dieser Versuch seitens höherer Gewalt abgewendet wurde. Diese Ursache lässt sich, wenn man will, begrifflich, historisch oder aktuell konkretisieren. Sie führt aber, weil sie die Willensfreiheit betrifft, nie über den relativen Bezug hinaus, den Kurz mit seinem ‚*notwendig nur, solange*‘ selbst benennt – obwohl es ihm um mehr geht. Dass der Kapitalismus „*sich der Kontrolle von Personen, Regierungen und sogar Supermächten entzieht*“ (Mason: 14), will auch Kurz sagen, denn „*alle sozialen Gruppen sind durch den Wert präformiert und deshalb kapitalistisch konsti-*

tuiert“ (Kurz: 26). ‚Präformation‘, das ist nicht einfach eine Bezeichnung für das falsche bürgerliche Bewusstsein (s.o.), sondern die tautologische Angabe des Grundes, der es beherrschen soll. In diesem Sinn gebraucht Kurz auch unablässig das Bild vom „Fetisch“ und schreibt an einer Stelle (die ich nur erinnernd zitieren kann), dass erst jetzt ‚sein Ende ihn entzaubert‘. Vorher unterliegen offenbar „alle sozialen Gruppen“ unweigerlich der Magie ihrer eigenen Einbildung. Dass die Kurz’schen „Wertkritiker“ sichtlich davon ausgenommen sind – sie wissen das schon seit Jahrzehnten –, steht zwar ziemlich im Widerspruch zu ihrer Aussage, darf die Theorie aber nicht stören.

Kurz dementiert also den Determinismus, weil er ihn bemüht: *„Die sogenannte [!] Politik ist einfach die Form der Menschen- und Systemverwaltung als andere Seite des Kapitalverhältnisses. Wer in die Politik geht, hat den Löffel der ‚Gestaltung‘ schon an die systemischen Kriterien, an die fetischistische Matrix der Verwertung des Werts abgegeben.“* (ebd.: 62) Dieser „sogenannten Politik“ schließt Kurz – durchaus konsequent – auch *„das Ende der Nation als Bezugsraum des warenproduzierenden Systems“* an (Interview mit Kurz, Okt. 2004, exit-online.org). Sehen die Zeiten von *Brexit* und *America first*, in denen politische und nationale Konsequenzen aus ökonomischen Mängelanzeigen gezogen werden, denn so aus, als würden da (auch noch in geschraubter Metapher) Löffel an eine Matrix abgegeben? Wenn Kurz die *„Verwertung des Werts“* bestimmt *„als ein[en] Selbstzweck der Anhäufung von Geld“* (ebd.: 51), dann wäre hinzuzufügen, dass dieser Selbstzweck ohne die Interessenlage und die entsprechende Aktivität von *„Personen, Regierungen und sogar Supermächten“* nicht zu haben ist. Um an einen Satz des jungen Marx zu erinnern: *„Das Prinzip der Politik ist der Wille“* (MEW 1: 402). Das Prinzip einer Regierung, welche die beanspruchten Erfolge der Nation als nicht mehr hinreichend befindet, ist der Entschluss, dies mit den wirtschaftlichen und außer-ökonomischen Maßnahmen zu ändern, die in ihre Reichweite fallen. Wenn die englische Premierministerin höflich die Angewiesenheit der Euro-Zone auf britische Staatssicherheitsdienste andeutet, um damit günstige Marktzugänge zu erstreiten, oder wenn der amerikanische Präsident betont undiplomatisch ein Handelsabkommen mit Japan storniert, um dessen Autoexport in die USA zu drosseln, dann greift die Erklärung, dies sei *„einfach die Form der Systemverwaltung als andere Seite des Kapitalverhältnisses“* mindestens zu kurz. Der Kapitalismus unterliegt *„der Kontrolle von Regierungen und Supermächten“* bis dahin, dass sie bestimmte Sachzwänge der Akkumulation und der Konkurrenz modifizieren oder aussetzen können. Wo dies der Fall ist, stellt sich allerdings ein zwiespältiges Verhältnis zum Kapitalwachstum ein, das nicht gekündigt, aber in seinem grenzüberschreitenden Gang behindert wird, um seinen nationalen Fortschritt zu fördern. Das wirkt schädigend auf die Wirtschaftsstandorte und ihren globalen Zusammenhang zurück und kann Folgen haben, die mehr in Kauf genommen werden müssen, als sie beabsichtigt waren. Aber der Wille zur Rettung der kapitalistischen Ökonomie durch staatliche Gewalt ist auch in dieser Hinsicht frei.

3. „Neoliberalismus“

Als Nachtrag zur Auffassung, der Kapitalismus sei eine – zeitweilig gelingende, zunehmend aber versagende – Versorgungseinrichtung, noch folgende Auskunft eines linken Professors: *„So genial und hellsichtig Karl Marx und die auf ihn folgenden Theoretiker das Kapitalverhältnis analysiert haben – sie [sind] von einer falschen, weil zu optimistischen Revolutionstheorie ausgegangen. Mir scheint es so, dass der kapitalistisch grundierte Sozialstaat das Beste ist, was die Arbeiterklasse historisch bisher erreichen konnte. Dieser Sozialstaat ist in beinahe allen westlichen Ländern seit mehr als 20 Jahren durch die neoliberale Politik unter Druck geraten und hat [...] verdüsterte Zukunftsaussichten [...] produziert.“* (Micha Brumlik, Zeitung der GEW für Studierende, Sommersemester 2017)

Das Ausbleiben der Umwälzung blamiert also schon rein faktisch die Theorien, die sie für nötig erklären. Daher steht ziemlich außer Kritik, was sich die Arbeiterklasse stattdessen eingehandelt hat: *„Bisher das*

Beste“ ist nicht als Schadensanzeige gemeint, obwohl der Sozialstaat die auf Dauer gestellte Anstrengung ist, „das Kapitalverhältnis“ haltbar zu machen. Was als Anspielung auf den marxistischen Begriff so tut, als folge man der ‚hellsichtigen Analyse‘, landet drei Zeilen weiter bei einer analytisch eher trüben Beschwerde über den sog. Neoliberalismus. Der theoretische Robert Kurz probiert durchaus einen Rekurs auf das besagte ‚Verhältnis‘: *„Der Neoliberalismus war nichts anderes als der Versuch, die [aus der mangelnden Kapitalverwertung] folgende soziale Krise repressiv zu verwalten“* (Kurz: 52). Prof. Brumlik hält es lieber mit dem moralisierenden Rifkin und der falschen, aber verbreiteten Entgegensetzung von Sozialstaat vs. „Deregulierung“: *„Die unter der Ägide von Reagan und Thatcher angestoßene Privatisierungsbewegung öffentlicher Güter und Dienstleistungen markierte die endgültige Kapitulation öffentlicher Verantwortung für die Aufsicht über das Allgemeinwohl.“* (Rifkin: 239) Die Ironie will es, dass der ‚neoliberale Druck‘ im Fall Deutschland ausgerechnet von der sozialdemokratischen Partei und ihren Hartz-Gesetzen nachhaltig exekutiert wurde, die den Sozialstaat sozusagen miterfunden und nach Kräften *„kapitalistisch grundiert“* hat. Deshalb sollte man bei ihr auch besser nicht Verantwortungslosigkeit als Motiv vermuten, sondern eher lebenslanges Lernen anhand der ‚Logik des Kapitalverhältnisses‘: Der anstehenden Verarmung durch Arbeitslosigkeit infolge der marktwirtschaftlichen Konjunktur wollte die damalige „Agenda 2010“ von SPD und Grünen quasi vorausseilen und eine allgemeinere Verarmung als Anreiz zu neu auflebender kapitalistischer Bereicherung herbeiregieren. Das hat als „deutsches Beschäftigungswunder“ ja wohl auch geklappt, und so ähnlich werden die originalen *Neolib*s und *-cons* auch gerechnet haben. Jetzt zur nächsten Frage.

II: Macht die mikroelektronische Revolution den Kapitalismus verwertungs- bzw. ausbeutungsunfähig?

Wenn im letzten Abschnitt hauptsächlich von Robert Kurz die Rede war, so liegt das daran, dass er zumindest in Deutschland der Exponent schlechthin für den *„Tod des Kapitalismus“* ist und sich traut, wiederholt Sentenzen dieser Art zu formulieren: *„Der Kapitalismus ist am Ende seines Blindflugs durch die Geschichte angelangt, er kann nur noch zerschellen.“* (Schwarzbuch Kapitalismus, Frankfurt 1999, S. 427) Aber auch Rifkin versteht etwas vom Fliegen und stimmt ein: *„Es ist der immanente Widerspruch in jener treibenden Kraft im Herzen des Kapitalismus, die ihn erst in schwindelnde Höhen hat aufsteigen lassen und ihn jetzt zu Tode hetzt.“* (Rifkin: 11) Nur zerschellt beim ihm der kapitalistische Laden etwas sanfter in der historisch herangereiften Gemeinwirtschaft: *„Collaborative Commons sind groß im Kommen und werden bis 2050 aller Wahrscheinlichkeit nach so gut wie überall auf der Welt wesentlicher Mittler wirtschaftlichen Miteinanders sein.“* (ebd.: 10) Ebenfalls eine weiche Landung sehen Hardt/Negri vor, die die These vom Ende des Kapitalismus teilen, ohne sich bei seinem „Kollaps“ (Kurz) weiter aufzuhalten. Zwar hat *„unsere Analyse ergeben, dass das Kapital sich auf einem Weg der Zerstörung befindet“* (Hardt/Negri: 315), doch dieser Umstand kann ihrer Philosophie zufolge möglicherweise ‚übergangen‘ werden: *„Der Übergang hat bereits begonnen: Die kapitalistische Produktion heute [...] schafft die Grundlagen für eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die auf dem Gemeinsamen beruht.“* Begründung: Die *„vorherrschenden Formen der Produktion, die unter anderem Information, Codes, Wissen, Bilder und Affekte einbeziehen“*, bedürfen *„des freien Zugangs zu gemeinsamen Ressourcen, [...] Kommunikationsnetzwerken, Datenbanken oder kulturellen Zirkeln“* und sind *„leicht reproduzierbar“* (Hardt/Negri: 11 f.).

Diese *„vorherrschenden Formen der Produktion“* sind also das, was gemeinhin unter ‚Digitalisierung‘ (bzw. „Industrie 4.0“) verstanden wird und bei Kurz *„dritte industrielle Revolution der Mikroelektronik“* (Kurz: 51) heißt. Die Besonderheit der daraus hervorgehenden Produkte beschreibt Paul Mason so: *„Bei dinglichen Gütern und vielen Dienstleistungen verhindert die Nutzung durch eine Person normalerweise die Nutzung durch eine zweite [Bsp. Mietauto oder Psychotherapiesitzung]. Bei einer MP3-Datei liegen die Dinge anders:*

Die Information ist das Wirtschaftsgut. [...] Ist ein Wirtschaftsgut einmal ein nichtrivalisierendes Gut, so kann man sein Eigentumsrecht daran nur durch ‚Ausschluss‘ verteidigen [siehe Kopierschutz und Patentrecht]. [...] Die Informationstechnologie zerstört also den normalen Preisbildungsmechanismus, in dem der Wettbewerb die Preise in Richtung der Produktionskosten drückt.“ (Mason: 166 f.) Wo die Produktionskosten selbst gegen null gehen – die nichtrivalisierende MP3-Datei –, werden die Erzeugnisse angeblich kostenlos und drücken diese Eigenschaft auch Produkten auf, in die sie eingehen: *„Die Information ist nicht irgendeine beliebige Technologie, die auftaucht und wie die Dampfmaschine irgendwann obsolet wird. Sie zwingt jeder zukünftigen Innovation die Null-Preis-Dynamik auf, sei es in Biotechnologie, Raumfahrt, Gehirnumbau oder Nanotechnologie.“ (ebd.: 232)* Derselbe Vorgang steht bei Jeremy Rifkin für „null Grenzkosten“: *„Denken wir uns [...] ein Endspiel, bei dem intensivster Wettbewerb zur Einführung immer schlankerer Technologien führt und damit die Produktivität auf einen optimalen Punkt zwingt, an dem jede zusätzlich zum Verkauf gebrachte Einheit Grenzkosten von ‚nahezu null‘ entgegenght [...], was das Produkt nahezu kostenlos macht. Falls es dazu kommen sollte, blieben der Profit und damit der Lebenssaft des Kapitalismus aus.“ (Rifkin: 13)* *„Der Kapitalismus reproduziert sich jedoch nicht selbst, wenn das Ergebnis Null-Kosten sind.“ (Mason: 230)* *„Eine auf Wissen beruhende Volkswirtschaft kann aufgrund ihrer Tendenz zu kostenlosen Produkten und schwachen Eigentumsrechten keine kapitalistische Volkswirtschaft mehr sein.“ (ebd.: 234)* *„Wenn so gut wie alles fast umsonst zu haben ist, verliert die operative Grundlage des Kapitalismus [...] ihren Sinn.“ (Rifkin: 397)* Und für einen Kapitalismus, dem mit den Warenwerten und Profiten auch der „Lebenssaft“ ausgeht, kennt Mason neben der „Open-Source-Software“ (Mason: 171) ein Paradebeispiel: *„Das größte Informationsprodukt der Welt – Wikipedia – wird von 27.000 Freiwilligen gratis erzeugt.“ (ebd.: 16)* Rifkin nennt in diesem Kontext noch Bereiche wie *„Unterhaltung, grüne Energie, 3-D-Druck-Erzeugnisse und Open-Online-Seminare“ (Rifkin: 38).* Exemplarisch an der grünen Energie ausgedrückt, soll seine Null-Grenzkosten-Logik dies bewirken: *„Aber was, wenn ich Ihnen jetzt sage, dass in fünfundzwanzig Jahren der größte Teil der Energie für Heizung, Haushaltsgeräte, Geschäfte, Kraftfahrzeuge und die gesamte Weltwirtschaft praktisch gratis sein wird?“ (ebd.: 105)* *„Erneuerbare Energien werden – wie Informationen – nahezu kostenlos sein, sind die Kosten für Forschung, Entwicklung und Einführung erst einmal eingefahren.“ (ebd.: 123)* Prognosen dieser Art hält Mason wiederum, obwohl ihm die „Tendenz zu kostenlosen Produkten“ (s.o.) nicht fremd ist, für zu naiv: Rifkin *„reduziert die Auseinandersetzung zwischen den beiden Systemen auf einen Konflikt zwischen Geschäftsmodellen und guten Ideen“ (Mason.: 194)* *„Was geschieht,“* fragt er stattdessen systemkritisch, wenn der Kapitalismus *„innerhalb der existierenden Wirtschaft keine neuen Märkte mehr schaffen kann?“ (ebd.: 99)* Und seine Antwort nennt zwei Möglichkeiten: *„Statt einer chaotischen Entglobalisierung, jahrzehntelanger Stagnation und wachsender Ungleichheit brauchen wir ein neues Wirtschaftsmodell.“ (ebd.: 59)* ‚Chaos‘ wird also nicht ausgeschlossen.

Bei Robert Kurz verschärft sich die vermeintliche Sachlage vom Ende des kapitalistischen Werts und der Geldvermehrung erneut. Dort, wo Rifkin (und Hardt/Negri) die Bedingungen erblicken, die ein Hineinwachsen in den „Postkapitalismus“ ermöglichen (für Interessierte: Hardt/Negri nennen das *„biopolitische Produktion sozialer Beziehungen“*; vgl. Hardt/Negri: 149, 155), liegt für Kurz zunächst die ganze Crux: Er sieht darin nämlich das Ende der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft am Werk, also die Quelle des kapitalistischen Reichtums versiegen – mit desaströsen Folgen: *„Seit den 80er Jahren brachte die dritte industrielle Revolution der Mikroelektronik eine neue Qualität der Rationalisierung hervor, von der menschliche Arbeitskraft in einem bisher nie da gewesenen Ausmaß entwertet wird. Die reale ‚Substanz‘ der Verwertung von Kapital schmilzt ab, und neue Industrien mit der Potenz eines selbsttragenden Wachstums sind ausgeblieben.“ (Kurz: 51)* *„Der Kapitalismus kann diesen inneren Widerspruch nur durch eine Expansion des Kreditsystems kompensieren, also durch Vorgriff auf zukünftigen Mehrwert. Dieses Schneeballsystem muss aber an Grenzen stoßen.“ (ebd.: 123 f.)* *„Deshalb kann nur noch immer neues substanzloses Geldkapital von Staaten und Banken kreiert werden, das in immer kürzeren Abständen kollabieren wird.“ (ebd.: 25)*

So weit der ungefähre Umfang der Theorien. Prüfen wir der Reihe nach, was es dazu zu sagen und daran zu kritisieren gibt.

1. Geistiges Eigentum

Übereinstimmend bescheinigen alle Autoren der Mikroelektronik und der Informationstechnologie die besondere Qualität, Waren zu entwerfen oder gleich Produkte hervorzubringen, die keine Waren (mehr) sind. Das allerdings ist kein exklusives Phänomen einer dritten oder vierten industriellen Revolution, sondern lässt sich bei allen Hervorbringungen der „*allgemeinen Arbeit*“ und des „*general intellect*“ (Marx) beobachten – also bei den Wissenschaften, den Erfindungen und Entdeckungen und der Kunst. Schon die Sprache ist so ein geistiges Gut, mit dem sich bestenfalls durch Wörterbücher und Sprachkurse ein paar Taler verdienen lassen, das ansonsten aber frei verfügbar und ganz das Produkt eines kollektiven Intellekts ist. Zur „*Null-Preis-Dynamik*“ von Wissenschaft gibt Marx dieses Beispiel an: „*Die Arbeitszeit, die nötig ist, um [eine Erkenntnis] zu reproduzieren, [steht] in gar keinem Verhältnis zu der Arbeitszeit, die zu ihrer Originalproduktion erforderlich ist. Z.B. den binomischen Lehrsatz kann ein Schuljunge in einer Stunde lernen.*“ (MEW 26.1: 329) Lange vor „Wikipedia“ gibt es also jede Menge Erzeugnisse des menschlichen Verstandes, die sich nicht oder nur schwer in besitzbares und ausschließliches Eigentum verwandeln lassen – und die gerade in ihrer allgemeinen Verfügbarkeit einen gesellschaftlichen Nutzen stiften. Das gilt deshalb auch für die bürgerliche Gesellschaft. Man denke nur daran, wie sehr ihre Produktionsweise von naturwissenschaftlicher Exaktheit und ihrem Progress abhängt, was mit Denk- und Diskussionsverboten nicht zu haben wäre. Das weiß auch der moderne Staat, wenn er die Freiheit der Wissenschaft proklamiert, ein Bildungssystem einrichtet und nie auf die Idee käme, „z.B. den binomischen Lehrsatz“ unter Patentrecht zu stellen.

Mit anderen geistigen Produkten macht er allerdings genau dies. Weil er seine Gesellschaft auf die Vermehrung von Geldreichtum festgelegt hat, möchte er auch, dass aus der *allgemeinen Arbeit* möglichst viel *privater* Reichtum hervorgeht. Als Rechtsstaat richtet er es also ein, dass Urheber ihre geschriebenen, vertonten oder digitalisierten Werke vermarkten können und die Produkte der Ingenieurskunst exklusiv einen unternehmerischen Profit abwerfen. Diese Monopolisierung steht aber, exemplarisch bei den Patenten, im Widerspruch zur wissenschaftlich nötigen bzw. wachstumsförderlichen Verfügbarkeit des Wissens. Deshalb darf die Konkurrenz sich eine Lizenz kaufen, außerdem müssen Patente publiziert werden und haben ein Ablaufdatum, zu dem sie sich in die allgemeine Verbilligung der Produktionskosten auflösen oder, um ein Beispiel zu geben, als Generika den Aufwand für das ‚Gut Gesundheit‘ reduzieren.

Dieser dem Kapitalismus eigene Widerspruch zwischen der Gesellschaftlichkeit des Wissens und dem Vorgang seiner Privatisierung existiert seit der Dampfmaschine und gilt natürlich auch für die Mikroelektronik, ohne dass diese Produktionsmittel technisch dafür verantwortlich wären. Die Informationstechnologie macht den Urheberschutz nur etwas diffiziler, weil sie neben der Information nun zunehmend auch die Technik zum ‚nicht rivalisierenden Gut‘ macht. Digitale Dampfmaschinen wie „Microsoft Office“ wären ohne staatliche Intervention tatsächlich unbegrenzt reproduzierbar.

2. Die „Wikipedia“-Frage

Mit Einschränkungen bei Kurz setzen die Autoren ihre systemtranszendierende Hoffnung auf mikroelektronisch oder kollektiv erzeugte Produkte, deren Preis gegen null tendieren soll und die „*es schwierig machen, sie in die Form des Privateigentums zu pressen*“ (Hardt/Negri: 149). Bei der Aufzählung solcher Erzeugnisse fällt auf, dass sie über „Open Office“, „Wikipedia“ oder Online-Vorlesungen kaum hinauskommt. Bei grüner Energie oder 3-D-Druck wird nur in Andeutungen evident, wie diese Dinge ihr Preisschild verlieren sollen. Und die Extrapolation auf Raumfahrt, Bio- oder Nanotechnologie ist schon gleich

gewagt. Trotzdem *gibt* es diesen Vorgang, dass für bestimmte Güter oder Dienstleistungen nichts (mehr) bezahlt werden muss. Sprache oder Rechnen wurden schon erwähnt, familiäre Hausarbeit oder Nachbarschaftshilfe liegen auch nicht in Warenform vor, bei Wasser oder Luft war das zumindest früher so. Es fragt sich allerdings, ob solchen Gegenständen deshalb schon ein antikapitalistischer oder systemsprengender Charakter zukommen soll.

Nehmen wir ein Beispiel aus dem erwähnten Jubiläumsbuch und dort aus dem Abschnitt über „Koope-ration“: *„Bei den meisten produktiven Arbeiten [erzeugt] der bloße gesellschaftliche Kontakt einen Wettstreit und eine eigne Erregung der Lebensgeister, welche die individuelle Leistungsfähigkeit der Einzelnen erhöhen [...] Dies rührt daher, dass der Mensch von Natur, wenn nicht, wie Aristoteles meint, ein politisches, jedenfalls ein gesellschaftliches Tier ist.“* (Das Kapital, MEW 23: 345 f.) Ein Unternehmer, so die Aussage, erhält durch den bloßen Umstand, dass er Arbeitskräfte in einer größeren Werkstatt zusammenfasst, eine spezifische Gratis-Leistung, die der menschlichen Gesellschaftlichkeit entspringt. Bringen wir das mit der Privatisierung der *„allgemeinen Arbeit“* zusammen. Der Mensch mag als gesellschaftliches Tier zu Wunderdingen fähig sein, aber *„alle Fortschritte der Zivilisation oder in andren Worten alle Vermehrung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, [...] wie sie resultieren von Wissenschaft, Erfindungen, Teilung und Kombination der Arbeit, verbesserten Kommunikationsmitteln, Schaffen des Weltmarkts, Maschinerie etc., bereichern nicht den Arbeiter, sondern das Kapital; [...] vermehren nur die Produktivkraft des Kapitals“* (MEW 42: 229). Nur in diesem staatlich betreuten Zwangszusammenhang kommen die Eigenschaften des *Animal sociale* überhaupt vor und zur Geltung. *„Was der Kapitalist hier benutzt, sind die Vorteile des gesamten Systems der gesellschaftlichen Arbeitsteilung“* (MEW 25: 92) – einschließlich der für ihn kostengünstigen, siehe Familienarbeit, oder auch der ganz kostenfreien Abteilungen: *„Eine andere Produktivkraft, die ihm nichts kostet, ist“* wie schon gesehen *„die scientific power“* (MEW 42: 657).

Die industriellen Revolutionen und ihre geistigen und materiellen Produkte ‚transzendieren‘ hier gar nichts. In dieser Hinsicht ist das komplettierte Eingangszitat, das in fast jeder „postkapitalistischen“ Theorie bemüht wird, auch nicht misszuverstehen: *„Die Entwicklung des capital fixe“* – einschließlich der ‚menschenleeren‘, weil roboterbetriebenen Handy-Fabrik nördlich von Hongkong – *„zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des general intellect gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind.“* (MEW 42: 602) Der *„general intellect“* mag die Kontrolle der gesellschaftlichen Prozesse nach der naturwissenschaftlichen und technologischen Seite hin übernommen und zivilisatorische Fortschritte gezeitigt haben, das ökonomische und politische Kommando über diese Vorgänge fällt damit leider nicht zusammen. Darin liegt eben der Grund, warum *„sie nicht den Arbeiter bereichern, sondern das Kapital“*. Weil sich daran seit den Tagen von Marx substantiell nichts geändert hat, erscheint es fast klarer, lieber von einer „Industrie 1.13“ etc. zu sprechen als von der „Industrie 4.0“.

„Was wäre nun,“ fragt Rifkin begeistert über die preissenkende Produktivkraft des heutigen Wissens und ihr scheinbar gemeinnütziges Potenzial, *„wenn jede beliebige Spedition jedes beliebige der 535.000 gegenwärtig in den USA betriebenen Lagerhäuser und Distributionszentren benutzen könnte? Wenn diese Zentren in einem offenen, von hoch entwickelter Analytik und Algorithmen gemanagtem Nachschubweb vernetzt wären?“* Seine Antwort: Dann *„wäre die Steigerung sowohl der energetischen Effizienz als auch der Produktivität der in diesem Netz arbeitenden Unternehmen nicht weniger dramatisch als die Einsparungen an Treibstoff und der Rückgang der CO₂-Emissionen“* (Rifkin: 323). Wenn man den hoffnungsfrohen Konjunktiv durch die Wirklichkeitsform des Verbs ersetzt, fällt die Antwort etwas nüchterner aus: An einem algorithmisch gesteuerten Nachschubnetz nach dem Bilde von Rifkins Beispiel arbeitet „Amazon“ bereits vol-

le Kanne und macht dabei gleich den Versuch, am besten eine Monopolstellung hinzukriegen, die den Preisdruck durch andere Anbieter mindert und die eigenen Dienstleistungen einträglicher macht. Noch nachhaltiger als die energetischen Einsparungen sind dabei die an Personalkosten, die einerseits durch Entlassungen erreicht werden, andererseits durch die Verdichtung des Arbeitstages der noch Beschäftigten, wie man sie von „Amazon“ bereits kennt. Was sich daraus in Hinblick auf die CO₂-Bilanz schiebt, hängt auch davon ab, welche diesbezüglichen Auflagen die neue Trump-Administration zu lockern gewillt ist, damit viele weitere US-Firmen der Vorbildrolle der amerikanischen IT-Konzerne folgen können. Dies zum Zwischenstand in einem Segment der „Null-Grenzkosten-Gesellschaft“ und ihrer ‚Dynamik‘.

Um damit auf die „Wikipedia“-Frage zurückzukommen: Das Kapital als bestimmendes gesellschaftliches Verhältnis profitiert neben den Produkten, die es im Lauf des eigenen Fortschritts selbst immer weiter verbilligt, auch von solchen, denen es – nebenbei – Voraussetzungen liefert, unter denen der Staat oder privates Engagement dies bewerkstelligen. In der Hauptsache geht es zwar um Kostensenkung durch technologische Produktivitätssteigerung. Aber Unternehmensabteilungen wie *Marketing* oder *Human Resources* nehmen gerne auch Einsparungen bei Fixkosten und Gehältern mit, die sich aus freier Software, offenen Quellcodes und ehrenamtlichem Fleiß ergeben.

Außerdem ist der Vorgang zu beobachten, dass die ‚Digitalisierung‘ bestimmten Gütern inzwischen eine Warenform neuer Art ermöglicht, sie also zu Bestandteilen des stets benötigten ‚Wachstums‘ macht; eine Rolle, die ihnen vormals gar nicht zukam. Was als Suche am schwarzen Brett der Mensa nach Mitfahr- oder Wohngelegenheiten begann, trägt als „Uber“ und „Airbnb“ heute ernsthaft zum Börsengeschäft, zum Dienstleistungs- und Immobilienmarkt sowie zum Steueraufkommen bei. Wenn Rifkin hier einen Fortgang zu den „collaborative commons“ sieht – „Das durchschnittliche amerikanische Kraftfahrzeug steht 92 Prozent seines Lebens ungenutzt herum, was es zu einem extrem ineffizienten Wirtschaftsgut macht.“ (Rifkin: 333) –, ist das sein Problem, worauf das dritte Kapitel zurückkommt.

3. „Knappheit“

Rifkin und Mason teilen eine Preistheorie, wonach der Markt nur den Produkten einen Preis verpassen kann, die entsprechend knapp vorhanden sind: „Die Dynamik des Kapitalismus [basiert] auf Knappheit. Solange Ressourcen, Güter und Dienstleistungen knapp sind, haben sie Tauschwert. [... Wenn sie] praktisch umsonst sind, verliert das kapitalistische System seinen Einfluss auf die Knappheit.“ (Rifkin: 397) „Die Informationsgüter [berauben] den Markt seiner Fähigkeit, die Preise richtig festzulegen. Der Grund dafür ist, dass die Märkte auf Knappheit beruhen – aber die Information ist im Überfluss vorhanden.“ (Mason: 16)

Nun hat Mason am Beispiel der MP3-Dateien selbst darauf hingewiesen, wie Patente und Lizenzen „Eigentumsrecht durch ‚Ausschluss‘ verteidigen“ (s.o.) und damit Erzeugnisse geldwert machen, die ‚zu null Grenzkosten reproduzierbar‘ sind. Was hier der Staat besorgt, kann zeitweilig auch eine ökonomische Monopolstellung bewirken. Auch ‚rivalisierende Güter‘ wie Schweinefleisch oder Milchprodukte, die „im Überfluss vorhanden“ sein können, verdanken der EU-Agrarpolitik einen Verkaufspreis. „Tauschwert [haben] Ressourcen, Güter und Dienstleistungen“ also nicht, weil und solange sie „auf Knappheit beruhen“, sondern weil sie von staatlicher Gewalt als privates Eigentum garantiert werden. Damit soll nicht gesagt sein, der Tauschwert drücke, wie beim geistigen Eigentum, nur eine politische Setzung aus. Im Normalfall hat der Wert seine Quelle und sein Maß in der Arbeitszeit. Aber auch dieser Zusammenhang hat nur Bestand durch die hoheitliche Garantie des Eigentums und seiner Früchte. Deshalb bleiben sie gegebenenfalls und ganz getrennt von ihrer physischen Menge für die unzugänglich, die *knapp bei Kasse* sind, deren Bedürfnisse also mangels Kaufkraft – und dem oft im Überfluss vorhandenen Reichtum zum Trotz – nicht bedient werden.

Die Autoren sind hier einer volkswirtschaftlichen Ideologie aufgesessen (vgl. Punkt I.1.), nach der die „Dynamik des Kapitalismus“ das angebliche Problem löst, ‚begrenzte Güter‘ angesichts ‚unbegrenzter Bedürfnisse‘ sinnvoll, also mittels Preisschild zu ‚verteilen‘ – was bei Überfluss dann kostenlos erfolgen soll. Wenn schon die Volkswirtschaftslehre bemüht wird, wie wäre es dann mit dieser Logik? „Bei nicht ausschließbaren Gütern [...] könnte jedermann das Gut kostenlos nutzen, sobald es produziert wäre und folglich wäre niemand bereit, dafür zu bezahlen. [Deshalb] wird es in einer freien Marktwirtschaft auch nicht angeboten.“ (Online-Lexikon vimentis.ch) Bei Bedarf übernimmt es der Staat oder es fällt sozialen Initiativen anheim, hier mit entsprechenden Angeboten aufzuwarten. Das sagt Rifkin gewissermaßen selbst: „Genossenschaften sind das einzige Geschäftsmodell, das bei einer Nahezu-Null-Grenzkosten-Gesellschaft noch funktioniert.“ (Rifkin: 314)

4. „Entsubstantialisierung“

Die ökonomisch ernster zu nehmende Theorie liefert da schon Robert Kurz. Sein Kapitalismus findet nicht in der „Null-Preis-Dynamik“ den Tod, höchstens in dem, was sich für Kurz darin ausdrückt. Im Kern geht es um den Gedanken, dass „die ‚Substanz‘ der Verwertung abschmilzt“ (s.o.), weil die industriellen Umwälzungen immer weniger wertschaffende Arbeit ausbeuten. Diese Tendenz attestiert Kurz dem Kapitalismus auf jeder Entwicklungsstufe. Solange ihr historisch die Expansion der Wertschöpfung auf neue Industrien und Märkte entgegenwirke, komme er über diesen Punkt hinweg. Final und tödlich verlaufe der Widerspruch aber gegenwärtig, da solche neuen Gewerbe ausgeblieben sind. Die digitale Revolution verhindere hier jede Umkehr, weil ihr Siegeszug durch alle Produktionszweige mehr Arbeitskraft eliminiere als neu rekrutiere. Kurz meint also zeigen zu können, dass der Kapitalismus historisch an dem Ende der Widersprüche angekommen ist, die Marx begrifflich analysiert hat.

„Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch (dadurch), dass es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren sucht, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt. Es vermindert die Arbeitszeit daher in der Form der notwendigen, um sie zu vermehren in der Form der [überschüssigen oder Surplus-Arbeit].“ (MEW 42: 601) Anders ausgedrückt: Auf der einen Seite sind die Unternehmen bestrebt, durch Rationalisierungen immer mehr bezahlte Arbeit einzusparen: Arbeit, die für ein Erwerbseinkommen und -leben *notwendig* ist. Zugleich können sie an unbezahlter Arbeit gar nicht genug kriegen: nämlich von der, die ihnen den *Überschuss* über den Vorschuss erbringt. Dazu ruft das Kapital „also alle Mächte der Wissenschaft und der Natur, wie der gesellschaftlichen Kombination und des gesellschaftlichen Verkehrs ins Leben“, bloß um „diese so geschaffnen riesigen Gesellschaftskräfte [...] einzubannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffnen Wert als Wert zu erhalten“ (ebd.: 602). Es „setzt daher die [Überschuss bringende] in wachsendem Maß als Bedingung [...] für die notwendige“ Arbeit (ebd.: 601), will heißen, beendet die Beschäftigung und Entlohnung der davon Abhängigen (oder nimmt sie erst gar nicht auf), wenn sich daraus kein Geschäft (mehr) machen lässt. Alles in allem eine absurde, existenzgefährdende, aber zählbeige Logik, der Marx ein Wort anschloss, das Kurz sich gemerkt hat: „Die Produktivkräfte und gesellschaftlichen Beziehungen [...] erscheinen dem Kapital nur als Mittel, und sind für es nur Mittel, um von seiner bornierten Grundlage aus zu produzieren. In fact aber sind sie die materiellen Bedingungen, um sie in die Luft zu sprengen.“ (ebd.: 602)

Auf die „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“, aus denen hier zitiert wurde, spielt die deutsche Übersetzung von Masons „Postkapitalismus“ mit dem Untertitel „Grundrisse einer kommenden Ökonomie“ an und verwechselt so Kritik mit Prognose. Es ist nicht anzunehmen, dass Marx vor 160 Jahren einen Knall vorhersagen wollte, der einer neuen Gesellschaft die Tür öffnet, wie Mason das sieht. Marx ging es eher darum, für die Beendigung der Absurdität zu plädieren, mit der die „geschaffnen riesigen Gesellschaftskräfte“ gegen ihre Produzenten ausschlagen, statt ihnen als „die materiellen Bedingungen“ eines gu-

ten Lebens zu dienen. Denn dazu taugen sie ja allemal. Umgekehrt bekommen die abhängig Beschäftigten die Folgen stets neu präsentiert und zu spüren, die aus dem Festhalten an der „bornierten Grundlage“ des Wirtschaftens samt seinen krisenhaften Zuspitzungen entspringen.

Solche *Kritik* der politischen Ökonomie, der Nachweis ihrer Unverträglichkeit mit dem Interesse des Bevölkerungsteils, der nur die Arbeitsfähigkeit sein Eigen nennt, ist – um auf Kurz zurückzukommen – etwas anderes, als den „*Tod des Kapitalismus*“ (Buchtitel) anzukündigen. Kritik kommt auch bei ihm vor, und oft ist ihr zuzustimmen. Wenn und weil sie aber zum Beweis dafür erfolgt, dass der Kapitalismus an seiner „*Entsubstantialisierung*“ (Kurz), also am Versiegen der Ausbeutung zugrunde geht, sind analytische Fehler angesagt. Man möchte glatt fragen, ab welcher Rate des Mehrwerts oder der wievielten Zehnerpotenz der öffentlichen Schulden denn Schicht im Schacht sei. Auf das vermeintliche „*Ende der Politik als Form der Regulation und das Ende der Nation als Bezugsraum des warenproduzierenden Systems*“ (Interview a.a.O.) bin ich – Stichwort *Trump* und *Brexit* – schon kritisch eingegangen (s. Punkt I.2.). Auch die Kennzeichnung des global expandierenden Kreditwesens als „*Schneeballsystem*“, in dem „*nur noch immer neues substanzloses Geldkapital von Staaten und Banken kreiert werden*“ kann (s.o.), führt in die Irre. Mag dieser Kredit *fiktiv* in dem Sinn sein, dass er auf spekulativen Gewinnerwartungen beruht, so ist er keineswegs eine Luftnummer. Solange er Erträge bringt, bewirkt er all das, was sich mit kapitalistischem Geldreichtum von Autofabriken, Bürotürmen und Firmenfusionen über Luxus- und Rüstungsgüter bis hin zur Bankenrettung so anstellen lässt. Ebenfalls schief wird der wertkritische Blick auf den ehemaligen Ostblock: „*Aus dieser Sicht war der sogenannte Realsozialismus [...] ein staatskapitalistisches System ‚nachholender Modernisierung‘ an der Peripherie des Weltmarkts und dessen integraler Bestandteil*“ (Kurz: 36). Das soll deshalb von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen sein, weil die ‚finale Krise‘ „*zuerst bei den historischen Nachzüglern manifest werden [musste, ... als] der Anfang vom Ende der Moderne und ihrer ‚abstrakten Arbeit‘ überhaupt*“ (Interview a.a.O.). Diese gewagte Interpretation lässt einfach außer Acht, dass sich hier ein abweichendes System des Wirtschaftens im Gegensatz zu dem des Westens und unter dessen ständiger Bedrohung etabliert und gehalten hat. Seine Abdankung und das Bemühen, damit tatsächlich zum „*integralen Bestandteil des Weltmarkts*“ zu werden, beruhte ebenfalls auf politischem Entschluss, vielleicht auch auf falscher Berechnung, jedenfalls nicht darauf, dass hier der Anfang eines vorbestimmten Endes „manifest“ wurde.

Der publizistische Erfolg, den Robert Kurz zeitweilig verzeichnete, geht zum Gutteil auf diese falsche Zuspitzung von Kritik zur Prognose zurück – und das merkte er in gewisser Weise selbst: „*Die deutsche intellektuelle Öffentlichkeit nahm das [Schwarzbuch Kapitalismus - Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft] als eine Art Menetekel wahr [...], ohne [...] dass man darin mehr als den Unterhaltungswert einer sozialphilosophischen Geisterbahnfahrt erkennen wollte.*“ (Einleitung zur Neuauflage 2009) Gelegentlich verunklart die Tendenz zur opulenten Wortwahl die Kurz'schen Aussagen. Es geht hier weniger ums Gruseln als um die unbegriffene Angst, die das bürgerliche Gemüt manchmal verspürt, weil es bedrohlichen Umständen unterworfen ist, die es befürwortet.

Zum vermeintlichen Ende der Verwertungsfähigkeit noch eine abschließende Bemerkung. Ein Mitstreiter von Robert Kurz machte schon 2012 ein kleines Problem dazu bekannt „*Eine Schwierigkeit, die Marx'schen Überlegungen mit der aktuellen Empirie zusammenzubringen, liegt darin, dass [...] die kapitalistische Akkumulationsdynamik zwangsläufig auf innere und äußere Schranken stößt, dass aber aus den theoretischen Überlegungen nicht folgt, wann das passiert. Ob diese Schranken tatsächlich schon erreicht sind, ist eine Frage der größeren oder geringeren Plausibilität.*“ (Claus Peter Ortlieb, math.uni-hamburg.de/home/ortlieb) Wäre es da nicht besser, statt jahrelang nach Graden von Nachvollziehbarkeit zu forschen, an den „*theoretischen Überlegungen*“ festzuhalten und möglichst vielen Leuten die Gründe mitzuteilen, die ihnen das praktische Leben schwermachen? Ein früherer Weggenosse von Kurz, der die These der finalen Schranke

bis heute teilt, wies kürzlich so auf seine theoretischen Schwierigkeiten damit hin: *„Diese These wirft allerdings ein grundsätzliches Problem auf: Wer behauptet, die Basis der Verwertung, die produzierte Wert- und Mehrwertmasse, sei aufgrund der Verdrängung lebendiger Arbeit aus dem Produktionsprozess mittlerweile im Schrumpfen begriffen, muss eine plausible Erklärung dafür parat haben, warum dieser Prozess die Kapitalakkumulation [in den 1980er- und 1990er-Jahren] erst einmal nicht zum Erliegen gebracht hat. Diese Lücke [...] wurde seit jeher mit der Zusatzthese geschlossen, dass die Vermehrung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals [...] vor allem durch den Vorgriff auf zukünftigen Wert in Gestalt des fiktiven Kapitals in Gang gehalten werde.“* (Ernst Lohoff, *krisis.org* 19.4.17) Es entbehrt nicht der Ironie, dass die Skepsis gegenüber der eigenen Prognostik ausgerechnet zu einer Zeit formuliert wird, in der das Weltkapital sich tatsächlich in eine große Krise hineingewirtschaftet hat. Trotzdem könnte der skeptische Lohoff bemerken, dass und warum die Rettung der Hauptthese durch einen Lückenbüßer, für den in seinen Worten *„Ausdrücke wie ‚Scheinakkumulation‘ herhalten mussten“* (ebd.), nicht von ungefähr kommt. Die *„Anarchie der gesellschaftlichen Produktion“* (Engels) und ihre Verlängerung in der Konkurrenz der Volkswirtschaften sowie ihre Betreuung durch die Nationalstaaten und ihre Bündnissysteme sprechen eben für theoretische Aufklärung und gegen spekulative Festlegungen. Vielleicht führt der folgende Vorsatz ja ein wenig weiter: *„In Sachen Realanalyse zwingt die veränderte historische Situation die Vertreter des wertkritischen Ansatzes dazu, von Krisenprognose auf Krisendiagnose umzuschalten.“* (ebd.)

5. *„Permanent or temporary“*

Manchmal reflektieren sogar ein paar Funktionäre und Theoretiker des Kapitals dessen Widersprüche und machen sich Gedanken darüber, ob und wie die Verwertung der ‚Surplus-Arbeit‘ erfolgreich fortzuführen ist. Zwei kommentierte Beispiele:

- Siemens-Chef Kaeser war Ende letzten Jahres (SZ, 20.11.16) wie zuvor schon sein Kollege Höttges von der Telekom (Zeit, 29.12.15) als unkonventioneller Vordenker tätig und hat sich einer Forderung angenähert, die bislang eher im politisch linken Lager beheimatet ist: dem Plädoyer für ein unbedingtes Grundeinkommen. Die linke Motivlage ist dabei etwas schwieriger zu klären (s. Punkt III.4.) als die der Konzernvertreter. Sie wissen als praktizierende Arbeitgeber eben nur zu gut, welchen Interessen sie Rechnung tragen wollen. Die fortschreitende Verbilligung der Arbeitskosten halten sie für ein unumgängliches und *permanentes* Erfordernis ihres Geschäfts. Da wäre es doch nicht schlecht, so müssen sich die beiden Chefs gedacht haben, wenn ein öffentlich finanziertes Grundeinkommen diesen Ökonomisierungsprozess z.B. von der Beschränkung durch Mindestlöhne befreit und ganz praktisch ein gesellschaftliches Einverständnis damit herstellt und absichert, dass die Bezahlung der *„notwendigen Arbeit“* ihren Bezug zu den Notwendigkeiten einer proletarischen Lebenshaltung immer weiter hinter sich lassen kann. So könnte die Arbeitnehmerklasse in ihrer Eigenschaft als Steuerzahler die Schäden kompensieren helfen, die ihr in ihrer Eigenschaft als Lohnempfänger entstehen. Und da sich tendenziell auch die Anzahl derer vermehrt, bei denen das Dilemma des Entgelts durch den Bezug von ALG I bzw. II behoben wird, ließe sich die Kompensation auch auf Umsatzeinbußen ausdehnen, die Niedriglöhner und Arbeitslose in ihrer Eigenschaft als Konsumenten im Marktgeschehen bewirken. Die Politik allerdings verschließt sich derzeit einem solchen Anliegen deshalb, weil sie nach wie vor die gesellschaftliche Lohnsumme weitgehend exklusiv mit den Unkosten belasten will, die aus der marktwirtschaftlichen Inanspruchnahme der Arbeitskraft einschließlich ihrer Freisetzung entstehen.

- Anfang April erschien ein Diskussionspapier des Internationalen Währungsfonds (IMF) zu dem dort kritisch vermerkten Umstand, dass sich die globale Arbeitsproduktivität – VWL-vermessen im Geldverhältnis von ‚Input‘ zu ‚Output‘ – seit Jahrzehnten und besonders seit zehn Jahren im Abschwung befindet: *„Average [productivity] growth has been nearly zero over the last 10 years, below any similar period in*

the last six decades.“ (Gone with the Headwinds, IMF Staff Discussion Note, Apr. 17, para. 9) *„The debate is heated as to whether this slowdown in innovation is permanent (Gordon 2016) or temporary, as major advances in artificial intelligence and other breakthrough technologies offer the prospect of a productivity revival.“* (para. 2) Der zitierte amerikanische Ökonomeprofessor Robert J. Gordon kann sich auch nach Auskunft einer neuen Studie der DGB-Stiftung *„nach aktuellem Stand keine innovativen Entwicklungen vorstellen, die einen neuen Produktivitätsschub auslösen könnten, der mit dem der Phase zwischen 1920 und 1970 vergleichbar wäre.“* *„Der Großteil des Effekts der dritten industriellen Revolution [... sei] inzwischen in die Phase der abnehmenden ökonomischen Erträge eingetreten [und würde] nicht mehr zu weiteren Steigerungen der Wachstumsrate der Produktivität führen.“* *„Im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung [hält er] die Möglichkeiten und Implikationen der vierten industriellen Revolution, der Digitalisierung des Wirtschaftslebens, für übertrieben.“* (IMK-Report 3/17, boeckler.de) In einem Vortrag beim IMF (7.7.16) fügt der Professor an: *„A moderate pace of innovation means that jobs will not disappear en masse as predicted by the techno-optimists.“* Mit Technik-Optimisten meint Gordon Kollegen wie Rifkin – Die neuen Technologien *„schaffen auch die menschliche Arbeit ab, [...] was mit hoher Wahrscheinlichkeit noch in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts Hunderte von Millionen Menschen [...] freisetzen wird“* (Rifkin: 179). –, denen er mit seinen Zahlen widerspricht. Rifkin seinerseits nimmt trotz der Millionen-Prognose ein „Grundeinkommen“ gar nicht erst in den Katalog seiner Überlegungen auf – wohl in der Sicherheit, dass sich sein *„kollektives Gemeingut“* der Freigesetzten schon annehmen wird.

- Am prognostischen Streit und der Diskussion, wer bei den Raten des Wachstums oder des Beschäftigungsabbaus Recht behält, sollte man aber aus schon genannten Gründen nicht teilnehmen. Wenn es in dieser Hinsicht etwas festzuhalten gibt, dann vielleicht das: Was in den besagten VWL-Statistiken aufscheint, ist ein Phänomen, dem Marx den Namen *„tendenzieller Fall der Profitrate“* gegeben hat, welcher ausdrückt, dass im Verlauf der kapitalistischen Produktionsentwicklung einem immer größeren Voranschuss an Kapital ein abnehmender Überschuss gegenübersteht. Das gilt deshalb nur *tendenziell*, weil hier *„entgegenwirkende Ursachen“* am Werk sind, die – derselben Profitlogik folgend – in die Fallbewegung eingreifen. Eine dieser Wirkungen sei ihrer Aktualität wegen – vgl. Chef-Thema „Grundeinkommen“ – hier genannt: das *„Herunterdrücken des Arbeitslohns unter seinen Wert“* – *„eine der bedeutendsten Ursachen, die die Tendenz zum Fall der Profitrate aufhalten“* (MEW 25: 245). Unternehmer und der Staat als *„ideeller Gesamtkapitalist“* (Engels) wissen das ganz intuitiv und ohne Marx-Lektüre. Jetzt zur letzten Frage.

III. Steht eine Art ‚Kommunismus‘ schon in der Tür?

Weil Robert Kurz den Kapitalismus zwar zwangsläufig zerbrechen, die neue Welt aber nicht daran gekoppelt heraufziehen sieht – eher spricht er von einem absehbaren Chaos –, bleibt er in diesem Kapitel weitgehend außen vor. Umso mehr laufen Rifkin und Mason zur Form auf – und zeigen in ihren Ideen, Vorschlägen und Forderungen ein weiteres Mal, was sie unter der Kritik und Überwindung der Marktwirtschaft durch eine ‚Null-Preis- und Gemeingut-Ökonomie‘ bzw. durch den „Postkapitalismus“ eigentlich verstehen. Wenn Paul Mason die Arbeitsplätze des neuen „Beschäftigungswunders“ (s. Punkt I.3.) schlicht als *„geringbezahlte Bullshit-Jobs“* (Mason: 312) heruntermacht, ist das noch erfrischend. Für andere seiner volkswirtschaftlichen Betrachtungen lässt sich das nicht mehr sagen. Jeremy Rifkin erweist sich schon von Anfang an als durchweg konstruktiver und positiver Denker.

Denn geht es nach ihm, dann sind wir Zeitzeugen großer und prosperierender Umwälzungen: *„Die heutigen Commons [...] setzen sich zusammen aus buchstäblich Millionen von selbstverwalteten, größtenteils demokratisch verwalteten Organisationen: karitative Einrichtungen, Religionsgemeinschaften, künstlerische*

und kulturelle Gruppen, Stiftungen im Bildungsbereich, Amateursportvereine, Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, Kreditgenossenschaften, Organisationen im Gesundheitswesen, Interessenverbände, Hauseigentümergeinschaften. Die Liste formeller und informeller Einrichtungen ist schier endlos.“ (Rifkin: 33) „Hunderte von Millionen übertragen bereits Teile ihres Wirtschaftslebens von den kapitalistischen Märkten auf die globalen kooperativen Commons. Prosumenten nutzen gemeinsam selbst produzierte [Erzeugnisse ...] bei Grenzkosten von nahezu null. Und nicht nur das. Sie teilen auch Autos, Wohnungen, ja, selbst Kleidung mit anderen mittels Miete, Tauschringen und Kooperativen.“ (ebd.: 38) Mason macht zwar die euphorischen Zahlenangaben nicht mit, die Grundaussage aber schon: Es „entwickelt sich spontan eine kollaborative Allmendeproduktion (Peer-Production): Es tauchen immer mehr Güter, Dienstleistungen und Organisationen auf, die dem Diktat des Markts und der Managementhierarchie nicht mehr gehorchen.“ (Mason: 16) Dass die Gemeingüter den Markt nicht etwa nur ergänzen oder umgehen, ihn vielmehr direkt attackieren, darauf weist Rifkin eigens hin: „Nicht der Markt bändigt die Commons, sondern die Commons werden den Markt bändigen; das ist eine Realität, der sich all die noch werden stellen müssen, die sich der Illusion hingeben, eine Sharing Economy sei eher eine Marktchance als etwas, was den Kapitalismus verschlingt.“ (Rifkin: 336) Auch Mason bekräftigt diese Subversivität: „Es ist durchaus möglich, die Elemente des neuen Systems in kleinen Schritten innerhalb des alten zusammenzufügen. Diese Elemente sind bereits vorhanden: die Kooperativen, die Genossenschaftsbanken, die Peer-Netzwerke, die Unternehmen, die ohne Management auskommen, und die Parallelwirtschaft der Subkultur.“ (Mason: 312) Selbst Hardt/Negri sehen – philosophisch etwas dunkel – „Gespenster des Kommunen in der kapitalistischen Gesellschaft“ (Hardt/Negri: 167), „Institutionen [...], in denen das Gemeinsame in korrumpierter Form auftaucht“ (ebd.: 174), also System-Bruchstellen, in denen ein neuer Klassenkampf tätig wird: Mit der „sich entfaltenden Autonomie der biopolitischen Arbeit zeigt sich eine politische Öffnung. Auf diesen Bruch können wir setzen“ (ebd.: 164 f.). „Im biopolitischen Zusammenhang nimmt der Klassenkampf die Form des Exodus an. Unter Exodus verstehen wir hier [...] ein Sich-Entziehen, in dem die Arbeitskraft ihre potenzielle Autonomie aktualisiert.“ (ebd.: 166) Zwei junge Politologen fassen das alles zusammen: „Für eine antikapitalistische Linke geht es zu Beginn des 21. Jahrhunderts mehr denn je um einen radikalen ökonomischen Paradigmenwechsel, im Sinne einer sozio-ökologischen, feministischen und demokratisch fundierten Neuorientierung aller vorherrschenden Produktions-, Distributions-, Austausch- und Konsumformen. [...] Hierfür gibt es bereits einige Vorboten, wie städtische Gemeinschaftsgärten, ökologischen Wohnbau und alternative Siedlungsprojekte, Lebensmittelkooperativen und peer to peer-Produktionsmodelle. [...] Alternative Transformationsprojekte entwerfen dabei immer schon in den real existierenden kapitalistischen Verhältnissen die Grundrisse einer neuen Gesellschaftsform.“ (Aaron Tauss, Tamara Ehs: Das Ende des Kapitalismus denken, Hamburg 2016: 179 f.)

In der Tat: Wenn man Gemeinschaftsgärten, Genossenschaftsbanken, die Parallelwirtschaft der Subkultur und zahlreiche weitere Initiativen und Vorhaben der buntscheckigen Art als „alternative Transformationsprojekte“ subsumiert und zusammenrechnet, wird „die Liste schier endlos“. Vielleicht ist es aber angebracht, hier doch ein wenig zu unterscheiden und nachzudenken.

1. „Sharing Economy“

Zwar erlaubt diese Subsumtion es jedem Zeitgenossen, der Gemüse und Kleider teilt und tauscht, sich als Mitglied einer Welle praktizierter Systemkritik zu imaginieren. Es wird auch Beweggründe dafür geben, sich als reflektierter Mensch über das marktgerechte Wegwerfen von Gebrauchswerten zu ärgern oder als karikativer Mensch Suppenküchen, Tafeln und Tauschbörsen zu organisieren, an denen arme Menschen dankbar Schlange stehen. In Ländern wie Griechenland, wo der Euro und der Staatshaushalt mit drastischen Eingriffen in den überkommenen Gesellschaftsprozess gerettet werden, der Staat also auch bei der Volksernährung Einsparvolumen entdeckt, dürfte das sogar ein Gebot der Not sein. Es soll auch gar nicht dagegen geredet werden, dass Prekäre, Mittellose und ihre Unterstützer zu Solidarität und Selbsthilfe

schreiten. Nur: „Grundrisse einer neuen Gesellschaftsform“ gehen aus der Ökonomie des Mangels, der Reigung des Mitgefühls oder dem Streben nach Nachhaltigkeit leider nicht hervor. Eher ist es so: Wer – ignorant gegenüber der Grundlage der Misere – helfen und ‚irgendwas tun‘ will und einem Imperativ des Gefühls folgt, das hier ein schlechter Ratgeber ist, der läuft Gefahr, mitsamt seiner *Sharing Economy* unversehens – um hier einmal mit Robert Kurz zu reden – „zu einer Ressource der Krisenverwaltung“ (Kurz: 28) oder zur „Selbstverwaltung der Armut“ (ebd.: 111) beizutragen.

2. „Peer-Production“

Was die „peer to peer-Produktionsmodelle“ und „die Unternehmen ohne Management“ angeht, ist es auch nicht so, dass darin die Systemlogik verlassen würde. Solche Projekte entkommen in zweifacher Weise der Geldwirtschaft nicht, die sie ‚transformieren‘ wollen. Über die eine Variante berichtet „Wikipedia“ (das Flaggschiff der „Cooperative Commons“) in einem Fallbeispiel: „Am 20. Juni 2007 wurde den Mitarbeitern [des ehemaligen Biria-Fahrradwerks in Nordhausen] die Schließung zum 30. Juni bekanntgegeben. Am 10. August stellte die GmbH einen Insolvenzantrag wegen drohender Zahlungsunfähigkeit. Seit der Stilllegung Ende Juni hatte die Belegschaft das Werk aus Protest besetzt gehalten und so zunächst den vollständigen Abbau der Fertigungsanlagen verhindert. Während der Besetzung fertigten die Arbeiter das ‚Strike-Bike‘. [...] Kurze Zeit später war der Großteil des Unternehmens abgewickelt. Am 17. März 2008 gründeten 21 ehemalige Nordhäuser Mitarbeiter die ‚Strike-Bike GmbH‘. Am 1. Mai 2008 wurde die Produktion aufgenommen, im November 2010 war das Unternehmen insolvent.“ Die zum Kampftag der Arbeiter aufgenommene „Peer-Production“ konnte also den Feiertag noch zweimal begehen, bevor sie vom ‚Marktgeschehen‘ definitiv beendet wurde. In diesem Fall, der stellvertretend steht alle, in denen die „Autonomie der Arbeitskraft“, genauer der Versuch der Selbstaussbeutung, an der kapitalistischen Konkurrenz scheitert, hat dann doch „der Markt die Commons gebändigt“.

Die andere Variante findet dann statt, wenn die „Sharing Economy“ tatsächlich zur „Marktchance“ wird. Dafür stehen die erfolgreichen IT-Start-ups, die ehemals ganz *smart, peer to peer* und *collaborative* begonnen haben und beim Teilen von Information, Mobilität oder Wohnraum behilflich waren und sind. Über sie wurde im zweiten Kapitel des Aufsatzes (Punkt II.2.), Stichwort „Airbnb“ und „Uber“, schon das Erforderliche gesagt. Wer sollte sich hier – konträr zu Rifkins Behauptung – der „Illusion hingeben, eine *Sharing Economy* sei eine Marktchance“ (s.o.)?

Innerhalb dieser beiden Möglichkeiten, „alternative Produktionsmodelle“ in und an der Geldwirtschaft scheitern oder reüssieren zu lassen, mag es Zwischenformen geben, wofür „Wikipedia“ oder bestimmte Solidaritätsprojekte Beispiele sind. Vorübergehend oder etwas länger haben sie dann Bestand, wenn der Lebensunterhalt ihrer Betreiber *getrennt* von ihnen irgendwie gesichert ist, sodass die sich ihr freies Engagement auch leisten können.

3. „Rückzug des Kapitalismus“

Zu den erfolgreichen Start-ups ist noch etwas anzumerken. Vor allem Rifkin, aber auch Mason verweisen gerne auf sie als Motoren der fortschreitenden „Grenzkostensenkung“, die mit ihrer „Null-Preis-Dynamik“ die traditionellen Kapitalisten gehörig unter Druck setzen sollen. Akribisch im Detail berichtet Rifkin von IT-gestütztem „Spielzeugverleih“ oder dem „Verleih von Designerkrawatten“ (Rifkin: 344 f.), die den entsprechenden Herstellern das Geschäft beschneiden, von „Crowdfunding“ (ebd.: 374), was dasselbe mit den Banken tun soll, und von „weltweit über 4000 Mikrowährungen“ (ebd.: 381), die sogar die staatliche Geldhoheit tangieren. Laut Mason „zerstört [Wikipedia] die Enzyklopädie-Verlage und verringert die jährlichen Einnahmen der Werbebranche um drei Milliarden Dollar“ (Mason: 16). Rifkin sattelt drauf: „Schätzungen zufolge hat Craigslist den Printmedien einen jährlichen Verlust von 10 Milliarden Dollar im Anzeigengeschäft

beschert.“ (Rifkin: 366) „Das Potenzial für laterale Skaleneffekte [Ertragssteigerung] im Internet ist so dramatisch, dass ein Start-up wie Airbnb nur wenige Jahre nach dem Start selbst alteingesessene weltweite Hotelketten überholen kann.“ (ebd.: 344) „Noch stellt SharedEarth keine ernst zu nehmende Konkurrenz für die traditionelle Landwirtschaft dar“ (ebd.: 350), aber auch das sei im Kommen. Vieles von dem mag so ähnlich stattfinden, und von Mitgefühl mit den gebeutelten Printmedien oder Agrarkonzernen sollte man dabei absehen. Das Interessante ist nur, dass diese Entwicklungen unter der Überschrift „Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus“ (Untertitel von Rifkins Buch) präsentiert werden. Ganz offensichtlich bezeichnet Rifkin hier mit „Rückzug des Kapitalismus“ die Beute- und Siegeszüge, die das Kapital, ungefähr seit es etabliert ist, fortwährend betreibt: „Sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und [...] Produktionsmittel, daher die weitere Enteignung der Privateigentümer, eine neue Form. Was jetzt zu enteignen ist, ist [...] der viele Arbeiter ausbeutende Kapitalist. Diese Enteignung vollzieht sich durch das Spiel der inneren Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot.“ (MEW 23: 790) Postkapitalistische Autoren mögen in ihren Theorien unterstellen, dass sich der Kapitalismus mit seinen erschlagenen Unternehmen selbst um die Ecke bringt. In seinen modernen Formen hat sich bisher ungefähr das Gegenteil herausgestellt: Das Kapital kann sogar damit leben, dass immer mehr Agenten des privaten Eigentums selber nur gutbezahlte Angestellte sind.

4. „Revolutionärer Reformismus“

Rifkin schon gleich, aber auch Mason, der im britischen „Guardian“ (theguardian.com/books) seit Erscheinen von „Postcapitalism“ mit dem Artikel „The end of capitalism has begun“ Werbung machen darf (zuletzt 20. und 27.4.17), rechnen auf ihre Weise ein, dass sie mit dem Kapitalismus noch eine Weile auskommen müssen. Rifkin sieht bekanntlich „Collaborative Commons [...] bis 2050 [...] als wesentlichen Mittler wirtschaftlichen Miteinanders“, geht aber „persönlich von der Vermutung aus, dass der Kapitalismus auch auf lange Sicht Teil des gesellschaftlichen Entwurfs bleiben wird“ (Rifkin: 9 f.). Marktwirtschaft als „Entwurf“ – so lässt sich die Ausbeutung akademisch also auch betrachten. Der ‚marxistisch‘ geprägte Mason kennt seinerseits Bedingungen, unter denen sich das Kapital noch ein wenig am ‚Gesellschaftsdesign‘ beteiligen darf: „Klare Signale an den Privatsektor: Der Profit ist das Ergebnis unternehmerischer Tätigkeit. Profit durch wirtschaftliche Renten ist unzulässig.“ (Mason: 357) „So wird dafür gesorgt, dass das globale Finanzsystem kurz- bis mittelfristig wieder seine historische Funktion übernehmen kann, die darin besteht, Unternehmen, Wirtschaftssektoren, Sparern, Kreditgebern usw. effizient Kapital zuzuteilen.“ (ebd.: 359) Man möchte den Marx-Kenner gerne fragen, ob er nicht weiß, wie der unternehmerische Profit und das Kreditgeschäft der Banken symbiotisch zusammengehören. Ist ihm nicht klar, dass der Einsatz von Kredit zur Herrichtung der Produktion für das Bestehen in der Konkurrenz demselben ‚maßlosen Profitstreben‘ folgt, das auch dem Einstreichen von Zinsen aus Geld und Vermögen, reellem wie fiktivem, zugrunde liegt? Wann soll das denn gewesen sein, als das gute Finanzsystem den braven Wirtschaftssubjekten noch „effizient Kapital zuzuteilen“ wusste? „Die Illusionen über die Wunder wirkende Macht des Kredit- und Bankwesens [...] entspringen] aus völliger Unkenntnis der kapitalistischen Produktionsweise und des Kreditwesens als einer ihrer Formen.“ (MEW 25: 621) Und aus dem ziemlich einfältigen Wunsch, der Staat möge „kurz- bis mittelfristig wieder die Funktionen“ veranlassen, die man, um erneut Kurz zu zitieren, „einem ‚guten‘ Arbeitsplatz-Kapitalismus“ (Kurz: 64) als Dienst am Gemeinwohl zuschreibt. Dass Mason auch noch meint, hierdurch „die Elemente des neuen Systems in kleinen Schritten innerhalb des alten zusammenzufügen“ (s.o.), macht die Sache eher schlimmer. Glaubt er wirklich, dass „die Gründung demokratischer und gewerkschaftlicher Banken“ (Tauss/Ehs a.a.O.) im Sinne von Friedrich Wilhelm Raiffeisen den Weg zum Sozialismus ebnet? Offenbar schon, denn „was wir brauchen, ist ‚revolutionärer Reformismus‘“ (Mason: 336). Anders ausgedrückt: „Emanzipatorischer gesellschaftlicher Wandel stützt sich immer auf die

Kombination von radikaler Kritik des Bestehenden und dem Aufzeigen respektive dem praktischen Vorleben konkreter Alternativen im kleinen Rahmen.“ (Tauss/Ehs a.a.O.)

Diese „Kombination“ von großen Worten mit kleinen Schritten trägt sich stets als die ‚konkrete und realistische Alternative‘ dazu vor, den Kapitalismus gemäß der ‚Dogmatik‘ des alten Marx als absurdes und dem Bedürfnis abträgliches Produktionsverhältnis zu kritisieren und für seine Abschaffung durch eine planvolle Organisation des Wirtschaftens zu plädieren. Bezeichnend ist nur, dass man bei dieser ‚realitätsbewussten‘ Kombinatorik oft nicht so recht unterscheiden kann, welche Forderungen und Vorschläge jeweils der ‚radikalen Kritik‘ bzw. ‚dem Aufzeigen konkreter Alternativen‘ ‚respektive dem praktischen Vorleben im kleinen Rahmen‘ geschuldet sind. Zweifellos hält sich das von Mason geforderte Grundeinkommen von jährlich 6000 Pfund (Mason: 363) ‚im kleinen Rahmen‘. Nach dem Kurs bei Drucklegung 2015 wären das 660 Euro im Monat, was durchaus mit den diesbezüglichen Vorstellungen der Chefs von Siemens und Telekom (s. Punkt II.5.) verhandelbar sein dürfte. Der entsprechende finnische Feldversuch seit Januar 2017 beläuft sich auf 560 Euro ohne Wohngeld (stern 28.12.16). Das Abstandsgebot zum Normal- und selbst zum Billiglohn wäre in allen drei Fällen jedenfalls gewahrt. Bei Masons Begründung der Forderung – *„Das eigentliche Ziel besteht darin, die Arbeitsstunden, die notwendig sind, um die von der Menschheit benötigten Dinge zu erzeugen, auf ein Mindestmaß zu verringern.“* (Mason: 364) – ist es schon schwieriger zu sagen, ob hier noch konkret oder schon radikal gedacht wurde. Denn einerseits nimmt das Kapital aus Kostengründen die Verringerung der notwendigen Arbeitszeit bereits vor (vgl. Punkt II.4.), was sich u.a. in der Arbeitslosenstatistik bemerkbar macht. Das ist aber andererseits überhaupt nicht Masons Bezugspunkt, der vielmehr auf die Reduzierung der Arbeitslast für alle Beschäftigten abzielt und damit einen Gegensatz zum Kapital, also eine ‚radikale Kritik des Bestehenden‘ eröffnet. Wenn er schließlich an der aktuellen Weltwirtschaftskrise beklagt, *„es kommt nicht zu einer raschen Beseitigung der menschlichen Arbeit durch Automatisierung“* (ebd.: 312), muss man zweimal nachdenken, bis man merkt, dass er hier den kapitalistischen Selbsterhalt mit einem gesellschaftsverändernden Fortschritt vermengt. Die gleiche Ambivalenz zeigt sich bei Masons Forderungen zur Steuerreform und zur Staatsschuldenkrise. *„Das Steuersystem“* will er *„so umbauen, dass es [...] Non-Profit-Unternehmen und die Allmendeproduktion belohnt, [...] den Aufbau von Niedriglohnunternehmen erschwer[t], gleichzeitig jedoch die Gründung von Firmen erleichter[t], die Arbeitsplätze schaffen“* (Mason: 353). Das hört sich zumindest an den Stellen konkret und machbar an, wo auch Parteien in Verantwortung solche Ideen entwickeln. Der schrägere Vorschlag (zur Vermeidung eines Crashes der Staatsschuld) – *Schuldenerlässe mit einer [...] ‚Finanzrepression‘ kombinieren, die [...] die Inflation ankurbeln, die Zinsen unterhalb der Inflationsrate halten und den Bürgern die Möglichkeit nehmen, ihr Geld in nichtfinanzielle Vermögenswerte zu investieren oder ins Ausland zu bringen“* (ebd.: 351) – klingt bezüglich der Weginflationierung von Schulden zwar wie eine These der VWL oder wie ein Effekt, auf den Haushaltspolitiker manchmal setzen, erweist sich spätestens bei der Eigentumsbeschränkung aber eindeutig als – radikal. Zu solchem Durcheinander aus volkswirtschaftlichen Ideologien, sozialpolitischem ‚Realismus‘ und systemsprengenden Einfällen führt es eben, wenn man wie Mason *„versucht, ein Projekt zu skizzieren, das sowohl für jene, die den Staat als nützlich betrachten, als auch für jene, die seinen Nutzen bestreiten, akzeptabel ist“* (ebd.: 369). Das klingt nach der Bitte von Kleists Dorfrichter Adam an den inspizierenden Gerichtsrat, ihn doch anzuweisen, welche Art Recht er sprechen solle (*„Wohlan, befiehlt! Ich kann Recht so jetzt, jetzo so erteilen.“*).

Den zitierten Politologen, die *„das Ende des Kapitalismus denken“* und *„in den realexistierenden kapitalistischen Verhältnissen die Grundrisse einer neuen Gesellschaftsform“* (s.o.) entwerfen, geht es nicht besser. Sie bezwecken eine *„Neugestaltung der (Re-)Produktionsprozesse“* durch *„gesellschaftliche Umverteilung privater Produktionsmittel und die rechtliche Neuordnung der bestehenden Eigentumsverhältnisse“*, damit *„letzten Endes [!] die Produktion von Gebrauchswerten wieder über jene von Tauschwerten gestellt werden“*

kann, wozu es einer „*demokratischen Wirtschaftsplanung sowie der Vergesellschaftung zentraler Industriezweige*“ bedürfe (Tauss/Ehs a.a.O.). Ganz offensichtlich betrachten und präsentieren sie ihre „Neugestaltung“ als rechtlich und demokratisch doppelt gesichertes, daher zweimal erlaubtes Anliegen. Ob aber – ‚realistisch gesehen‘ – dem Kapitalismus nach Recht und Gesetz in einer „Neuordnung“ als planwirtschaftliche Gebrauchswertproduktion Einhalt zu gebieten ist, bleibt schon noch die Frage. Wahrscheinlicher scheint es, dass der systemkritische Impetus, der mit Marx-Zitaten beginnt, schließlich bei Sprüchen und Vorhaben linker und sozialdemokratischer Provenienz landet und Ruhe gibt, die als Versuche interpretierbar sind, den Kapitalismus wieder auf den Pfad seiner gesellschaftlichen Verantwortung und Dienstbarkeit zurückzuzwingen.

Robert Kurz fasst das auf seine Art so: *„Nichts als ein Sammelsurium kleinbürgerlicher Vorstellungen, die historisch längst gescheitert sind und unter den neuen Krisenbedingungen keinerlei Perspektive bieten. [...] Sie stellen nur eine ‚Wohlfühl‘-Ideologie von desorientierten Linken dar, die sich am Krisenkapitalismus vorbeimogeln wollen.“* (Kurz: 28 f.) Hinsichtlich des krisenbedingten Scheiterns argumentiert er zwar schief: Meint er, dass die (klein-)bürgerliche Bankenkritik ehemals eine reellere Perspektive hatte? Und woran sollten sich Linke heutzutage vorbeischieben wollen? Hat Kurz sie insgeheim doch mit einer historischen Aufgabe betraut, der sie sich schnöde entziehen? Bezüglich des ideellen Ertrags aus linkem Tun liegt Kurz allerdings nicht ganz verkehrt.

Zum Thema *„revolutionärer Reformismus“* melden sich auch die beiden Revolutionsphilosophen zu Wort. Hardt/Negris *„Analyse hat ergeben, dass das Kapital sich auf einem Weg der Zerstörung befindet. [...] Das heißt freilich nicht, dass keine Reformen mehr möglich sind.“* (Hardt/Negri: 315) *„Ein paar mögliche Reformen, die ein Programm für das Kapital [!] darstellen könnten“*, beziehen sich auf *„die für die biopolitische Produktion nötige Infrastruktur“* wie Umwelt und Bildung (ebd.: 316 f.) sowie auf *„die [...] dafür] nötige Freiheit“* wie offene Staatsbürgerschaft und Mindesteinkommen (ebd.: 319). Wenn dies *„ein Programm für das Kapital“* darstellt, ergibt sich natürlich eine Frage: *„Warum schlagen wir Reformen vor, die das Kapital retten sollen?“* (ebd.: 319) Die zunächst verblüffende Antwort liegt in der behaupteten Dialektik eines Systems, das sich – bloß *„um seine eigenen Interessen zu verfolgen und das eigene Leben zu sichern“* – selber unter die Erde bringt: *„Auf diese Weise erzeugt das Kapital seine eigenen Totengräber.“*(ebd.) So gesehen kann das Sammelsurium der *„alternativen Transformationsprojekte“* kaum etwas falsch machen.

Dieser nun beendete Aufsatz trug ursprünglich die – eine Kritik von Mason an Rifkin aufgreifende – Überschrift *„Sachbücher für die Flughafenbuchhaltung?“* Inwieweit das eine rhetorische Frage war, soll der Leser selbst beantworten.



***Über den Autor**

Georg Schuster (G.S.) ist ein Pseudonym. Er ging im Jahr 2000, nach über 20 Jahren Hauptschuldienst in Bayern, an eine große deutsche Auslandsschule, von der er im Sommer 2016 nach Deutschland zurückkehrte. Er schreibt regelmäßig für das Magazin Auswege.

Kontakt:

antwort.auswege@googlemail.com

☛ [Hier geht es zu seinen weiteren Beiträgen im Magazin Auswege](#)

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com